

TTIP - Transatlantic Trade and Investment Partnership

Factsheet Büro MEP Karoline Graswander-Hainz

The logo consists of the letters 'S&D' in white, bold, sans-serif font, centered within a solid red square.

I. Ausgangslage

Im Juni 2013 erhält die EU-Kommission von den Mitgliedstaaten das Mandat mit den Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA zu beginnen, mit Abschluss eines solchen würden die beiden leistungsstärksten Wirtschaftsräume der Welt (gemessen am BIP) weiter integriert. Der Marktzugang soll gegenseitig erleichtert, Zölle und andere Handelsbarrieren sollen abgebaut und gemeinsame Handelsregeln entwickelt werden. Durch besseren Zugang und erhöhte Rechtssicherheit für Firmen im EU- bzw. US-Markt versprechen sich Befürworter deutliche Impulse für das Wirtschaftswachstum. Mögliche positive wirtschaftliche Auswirkungen sind aber umstritten, zusätzlich warnen VertreterInnen verschiedener Parteien, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlicher Verbände vor möglichen Absenkungen von Produkt-, Umwelt-, Sozial- und Arbeitsstandards und den im Abkommen enthaltenen Investitionsschutzklauseln und kritisieren zusätzlich die weitgehend intransparente Verhandlungsführung.

II. Hard Facts

- Die Verhandlungen finden zwischen den VertreterInnen der EU-Kommission und VertreterInnen des Büros des US-Handelsbeauftragten. Seit Jänner 2014 wird die EU-Kommission zusätzlich von einem Berater-Gremium besetzt von VerbraucherschützerInnen, Gewerkschaften und WirtschaftsvertreterInnen unterstützt.
- Bisher fanden 14 TTIP-Verhandlungsrunden statt, nach Abschluss der Verhandlungen und juristischer Prüfung müssen der US-Kongress, das Europäische Parlament sowie die nationalen Regierungen (falls es ein sogenanntes gemischtes Abkommen ist) ihre Zustimmung geben, um TTIP in Kraft treten zu lassen.
- Nationale Parlamente und der Ausschuss für internationalen Handel des Europäischen Parlaments (INTA) werden regelmäßig über den Fortgang der Verhandlungen informiert.
- Nach öffentlicher Kritik an der Transparenz der TTIP-Verhandlungen wurden vereinzelt Schritte gesetzt, um dies zu verbessern. Das EU-Verhandlungsmandat wurde veröffentlicht, Abgeordneten wird in Leseräumen kontrolliert Zugang zu konsolidierten Teilen des Abkommens gestattet (jedoch ohne Übersetzer und Rechtsexperten) etc.
- Im Juli 2015 verabschiedet das Europäische Parlament eine Resolution, die Bedingungen für die letztliche Zustimmung formuliert. Ein solcher Beschluss hat keine rechtliche Wirkung, macht aber deutlich, dass das Parlament nicht vorhat, seine Zustimmung bedingungslos zu erteilen.
- Mit dem sog. Investment Court System (ICS) legt die Kommission im September 2015 einen neuen Vorschlag zur Beilegung von Investorenstreitigkeiten vor und reagiert damit auf heftige, öffentliche Debatten. Das neue System enthält zwar einige Verbesserungen, wie zum Beispiel mehr Transparenz und einen Berufungsmechanismus, aber ausschließlich ausländische Konzerne können dieses Instrument nutzen; den BürgerInnen sowie inländischen Unternehmen bleibt ICS verwehrt. Es entsteht eine Sondergerichtsbarkeit für ausländische Konzerne.
- Im Mai 2016 erhält die Debatte um TTIP erneut Impulse, die Veröffentlichung geheimer Verhandlungsdokumente durch Greenpeace ermöglicht erstmals Einblick in Verhandlungspositionen der US-amerikanischen Seite und zeigt, wie weit die Positionen bei sensiblen Sachverhalten kurz vor dem geplanten Ende der Verhandlungen noch auseinander liegen.

- Ende August 2016 bezeichnet der deutsche Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) TTIP als „de facto gescheitert“, die französische Regierung gibt ihre Absicht bekannt, im September 2016 auf EU-Ebene ein Ende der Verhandlungen einzufordern.
- Die Vereinigten Staaten haben sich weder beim Marktzugang bewegt noch für ausreichend Transparenz während den Verhandlungen gesorgt. Deshalb wurden die langwierigen Verhandlungen vorübergehend eingestellt. TTIP konnte schon unter der Obama-Regierung nicht abgeschlossen werden. Die Zukunft von TTIP gilt daher seit dem Amtsantritt des neuen US-Präsidenten Donald Trump als äußerst ungewiss, da dieser Freihandelsabkommen generell kritisch gegenüber steht.

III. Unsere Ziele

- Sollte es zu neuen Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der EU kommen, braucht es ein neues Verhandlungsmandat. Die Verhandlungen mit dem alten Mandat wieder aufzunehmen erachten wir als völlig sinnlos.
- Keine Absenkung europäischer Arbeits-, Sozial-, Umwelt- und Produktstandards, ob direkt aus dem Abkommenstext abgeleitet oder als Folgewirkung durch Verdrängungswettbewerb zwischen US-amerikanischen und europäischen Produkten und Dienstleistungen. (Stichwort: Vorsorge-Prinzip)
- Öffentliche, faire und gleiche Gerichtsbarkeit für alle. Das Investment Court System stellt aus unserer Sicht keine substantielle Verbesserung dar, denn weiterhin soll es so eine gesonderte Gerichtsbarkeit für ausländische Konzerne geben.
- Keine Einschränkung regulatorischer Kompetenzen demokratisch legitimierter Institutionen. Regierungen bleibt es überlassen gewisse Bereiche aus Liberalisierungsverpflichtungen auszuschließen bzw. sie in die öffentliche Hand zurückzuführen.
- Die Fraktion der europäischen SozialdemokratInnen hat 2015 eine Resolution zu den laufenden TTIP-Verhandlungen vorgelegt ([https://www.spd-europa.de/sites/default/files/downloads/sd_positionspapier - ttip_de.pdf](https://www.spd-europa.de/sites/default/files/downloads/sd_positionspapier_-_ttip_de.pdf)).
- Für die zukünftige Ausrichtung der europäischen Handelspolitik und zu verhandelnder Abkommen ist ein grundlegender Paradigmenwechsel notwendig, Abkommen der Zukunft müssen neben freiem, auch den fairen Handel fokussieren, sie müssen neben der Organisation der Marktöffnung auch starke Regelungen zu Nachhaltigkeit, ArbeitnehmerInnen-Rechten, Umwelt- und Gesundheitsstandards enthalten und klare Sanktionsmechanismen formulieren.
- Verhandlungsprozesse zukünftiger Abkommen müssen transparenter sowie von breiter öffentlicher Konsultation begleitet werden. Ebenfalls essentiell ist es, Akteure von Wirtschaft, Zivilgesellschaft und ArbeitnehmerInnen-Vertretung einzubinden.